



NEWSLETTER 12/2021

FORUM | MIGRATION



© ververidis - 123rf.com

Alles für den Spargel

Die genaue Zahl steht noch nicht fest, es werden aber erneut hunderttausende Menschen gewesen sein, die auch 2021 aus dem Ausland nach Deutschland kamen, um in der Landwirtschaft zu helfen. Die IG BAU, Faire Mobilität des DGB und andere Mitgliedsorganisationen der Initiative Faire Landarbeit haben in dieser Saison 2.500 Saisonarbeiter_innen bei „Feldaktionen“ kontaktiert und über ihre Rechte informiert. Das Fazit: Arbeitsrechtsverletzungen bleiben an der Tagesordnung.

Erstmals sind in diesem Jahr über ein Drittstaatenabkommen Menschen aus Georgien für die Arbeit in der Landwirtschaft eingereist. Allerdings waren es mit etwa 180 Personen weit weniger als das vereinbarte Kontingent. Um ein Vielfaches höher hingegen war die Zahl der Saisonarbeiter_innen aus Drittstaaten, vor allem aus der Ukraine, die mit dem Status von „Praktikant_innen“ und „Ferienjobber_innen“ in der deutschen Landwirtschaft arbeiteten. Die Versuche der Initiative, die Landarbeiter_innen auf dem Feld zu kontaktieren, wurde deutlich stärker durch Arbeitgeber_innen behindert als in den Vorjahren. Das kam nicht von ungefähr: Die Initiative stellte vielfach fehlende Sozial- und Kran-

kenversicherung aufgrund von kurzfristiger Beschäftigung, unvollständige Lohnzahlungen und überhöhte Lohnabzüge, mangelhafte Unterkünfte sowie Verstöße gegen Infektionsschutzregelungen fest. „Während der gesamten Zeit, als wir dort arbeiteten, mussten wir unsere Pässe als Kautions abgeben“, berichteten etwa Rumänen, die bei einer Baumschule in NRW beschäftigt waren. „Wir mussten Dokumente unterzeichnen, die wir nicht kannten. Man sagte uns, das sei der Arbeitsvertrag, ein eigenes Exemplar bekamen wir aber nicht.“ Der nach Akkordarbeit ausbezahlte Lohn habe im Verhältnis zur tatsächlich geleisteten Arbeit bei zirka vier Euro pro Stunde gelegen. „Die Arbeitgeber haben uns gedroht, angeschrien und haben uns auch körperlich attackiert.“ Die nächste Koalition müsse der Ausbeutung auf deutschen Feldern ein für alle Mal ein Ende setzen, fordert das DGB Vorstandsmitglied Anja Piel. Die sozial nicht abgesicherte kurzfristige Beschäftigung muss in allen Branchen auf wenige Tage im Jahr begrenzt werden. In der Landwirtschaft müssten staatliche Kontrollen ausgeweitet und Arbeitszeit verlässlich erfasst werden, so Piel.

 Saisonbericht 2021 Initiative Faire Landarbeit:
<https://bit.ly/3wOt9De>

INHALT 12/2021

Alles für den Spargel	1
Neuer Atlas: Sklaverei im Dunkelfeld	2
Hilfe für die Menschen an der Grenze zu Belarus	2
Heute und in Zukunft: Zu wenige, die arbeiten	2
News + Termine	3
6.000 Ortskräfte brauchen Hilfe – Kommentar von Alexander Fröhlich, Patenschaftsnetzwerk Afghanische Ortskräfte e.V.	4



Neuer Atlas: Sklaverei im Dunkelfeld

Es sind fast so viele, wie es Beschäftigte in Deutschland gibt: Mindestens 40 Millionen Menschen sind weltweit aktuell von „moderner Sklaverei“ betroffen. Das zeigt der neue „Atlas der Versklavung“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS).

„Wenn wir an Sklaverei denken, sehen wir in Ketten gelegte Menschen, die aus Afrika gewaltsam in alle Welt verschifft werden“, heißt es im Vorwort des 60-seitigen Bandes, den die RLS kostenlos zum Download anbietet. „Nur selten verbinden wir die Sklaverei mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der Gegenwart.“ Das sei ein Fehler: „Ein Merkmal der kapitalistischen Weltwirtschaft ist der Einsatz von Zwangsarbeit in den globalen Lieferketten“, schreiben die Autor_innen Genevieve LeBaron und Ellie Gore in einem Beitrag. So komme Sklaverei unerkannt bei der konsumfreudigen Kundschaft der Importländer an.

Sowohl Staaten als auch Unternehmen trügen deshalb die Verantwortung dafür – etwa durch fehlenden Sozialschutz, mangelnde Regulierung und die Nachfrage nach Billigprodukten. Sklaverei bleibe für die Exportindustrie profitabel. Denn die Wertschöpfung, die durch Zwangs- und

Kinderarbeit entsteht, sei vielerorts überdurchschnittlich hoch. Zwangsarbeit sei indes keine feststehende oder begrenzte, sondern eine „durchlässige und fließende Kategorie“, so die Autor_innen weiter. So wechselten Arbeitskräfte oft innerhalb relativ kurzer Zeiträume zwischen Zwangsarbeit und weniger gravierenden Formen der Arbeitsausbeutung hin und her. Klar sei: Sklaverei finde „häufig in einem Umfeld statt, in dem unfaire Behandlung und niedrige Löhne“ sowie „missbräuchliche Praktiken wie sexuelle Belästigung, verbale Angriffe und unrechtmäßige Lohnabzüge“ verbreitet seien.

Wie schwer es ist, dagegen vorzugehen, zeigt ein Beitrag von Sandrine Kott über das 2011 verabschiedete ILO-Übereinkommen über Hausangestellte. Bis 2021 hatten es erst 35 Staaten ratifiziert – und es gebe keine Garantie, dass die Staaten die Regeln auch umsetzen. Es sei „vor allem die Mobilisierung der Gewerkschaften der Hausangestellten“, die das Übereinkommen „zu einem wirkungsvollen Instrument im Kampf gegen die moderne Sklaverei machen konnte“, so Kott.

Insgesamt ist das Feld dunkel, die ILO-Daten lückenhaft. Nur etwa 0,2 Prozent der weltweiten

Fälle von Sklaverei würden untersucht und strafrechtlich verfolgt, so der Atlas. Das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung erfasst 534 verschiedene Routen des Menschenhandels. Mehr als 120 Länder gaben an, Betroffene aus über 140 verschiedenen Herkunftsländern entdeckt zu haben. Und während etwa mit Zwangsarbeit jährlich schätzungsweise 150 Milliarden US-Dollar Gewinn erwirtschaftet würden, geben die OECD-Länder im gleichen Zeitraum nur 0,08 Prozent dieses Betrags für die Bekämpfung der Sklaverei aus.

Wie klein der Ausschnitt ist, der behördlich erfasst wird, zeigt auch das neue Lagebild „Menschenhandel und Ausbeutung 2020“ des Bundeskriminalamtes. Demnach gab es im vergangenen Jahr bundesweit 465 Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandels und Ausbeutung, ein Anstieg um 22,7 Prozent. Auf den Deliktsbereich sexuelle Ausbeutung entfielen 291 Verfahren, ein Plus von 1,4 Prozent. Im Bereich Arbeitsausbeutung wurden 22 Verfahren eingeleitet – und schon diese äußert geringe Zahl machte ein Plus von 57 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus.

Atlas der Sklaverei: <https://bit.ly/3oy77B3>

Lagebild BKA Menschenhandel: <https://bit.ly/3cm38BK>

Hilfe für die Menschen an der Grenze zu Belarus

Seit Anfang August reisen Migrant_innen und Flüchtende über Belarus und Polen nach Deutschland. Bis Mitte November griff die Bundespolizei etwa 9.500 Menschen auf, die über diese von Belarus' Diktator Alexander Lukaschenko eingerichtete Route gekommen waren. Fast alle saßen zuvor unter katastrophalen Bedingungen im Grenzstreifen zu Polen fest. Die Regierung in Warschau hat den Bau einer Mauer beschlossen, viele polnische zivilgesellschaftliche Gruppen versuchen indes den Flüchtenden zu helfen.

Eine eher umrühmliche Rolle nimmt dabei die Gewerkschaft Solidarnosc ein: Sie forderte die polnische Regierung nicht zu mehr Humanität an den Grenzen auf, sondern dazu, den geplanten 353 Millionen Euro teuren Zaun aus „polnischem Stahl“ und von polnischen Arbeitnehmenden bauen zu lassen.

Es wäre „absolut schockierend“, wenn wegen des Verzichts auf eine Ausschreibung etwa russischer Stahl oder ausländische Auftragnehmer zum Zuge kämen, schrieb der NSZZ-Vorsitzende Piotr Duda an Innenminister Mariusz Kamiński.

Die polnische Stiftung Ocalenie, die Grupa Granica und viele andere haben indes ein Netzwerk an Hilfsposten entlang der Grenze errichtet, um die Flüchtenden zu unterstützen. Aus Deutschland bekommen sie seit Mitte November Unterstützung vom Netzwerk Seebrücke, der Initiative Leave No One Behind, den Organisationen „Wir packen's an“ sowie Cadus Hilfsgüter.

Aktuelle Infos der Grupa Granica (Polnisch): <https://bit.ly/3oEIMJZ>

Stellungnahme des Rat für Migration: <https://bit.ly/3DoAwDT>

Projektseite „Wir packen's an“: <https://bit.ly/3oA41N4>

Heute und in Zukunft: Zu wenige, die arbeiten

Von Fachkräftemangel betroffen

Von Fachkräftemangel nicht betroffen

(Civey-Umfrage für Bertelsmann unter 7.500 Unternehmen)

August bis Oktober 2020

55 %

38 %

August bis Oktober 2021

66 %

29 %

IW-Prognose der aktiven Erwerbspersonen in Deutschland, gesamt

2021: 65,2 Mio.

2040: 58,9 Mio.*

* Szenario „moderate Entwicklung Fertilität“



News + Termine

Solidarität vor Gericht: Dutzende Prozesse gegen Geflüchtete und Helfer_innen

Schlepperei, Spionage, gar Terrorismus: Menschenrechtsorganisationen schlagen Alarm, weil Dutzende Geflüchtete und Helfer_innen vor allem in Griechenland, Malta und Italien wegen so genannter Solidaritätsverbrechen vor Gericht stehen. In Sizilien etwa wird gegen die Crew des Rettungsschiffes Luventa verhandelt, in Malta gegen drei afrikanische Jugendliche vom Schiff El Hiblu, auf Samos gegen zwei Geflüchtete, auf Lesbos gegen 23 Retter_innen um den Iren Sean Binder. Wegen konstruierter Vorwürfe und maßlos überzogener Strafrahmen drohen allen Jahrzehnte in Haft. Was die Fälle eint, ist, dass Opfer zu Tätern gemacht werden, um andere abzuschrecken. Vor Jahren wurden die Strafen für Menschenhandel EU-weit verschärft. Staatsanwälte und Richter können Geflüchtete heute so behandeln, als betrieben diese ein mafiöses Business, obwohl sie mit der Überfahrt keinen Gewinn erzielt haben, sondern vielmehr für diese selbst bezahlen.

Übersicht: <https://bit.ly/3HuL72D>

Binder &ardini: <https://bit.ly/3Fn96z4>

#ElHiblu3: <https://elhiblu3.info/>

#Samos2: <https://bit.ly/3ck4Q72>

#luventa10: <https://bit.ly/3HwUhm0>

Sachsen-Anhalt: Mehr Zuwandernde in sozialversicherungspflichtigen Berufen

Über 42.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit ausländischer Staatsangehörigkeit arbeiten heute in Sachsen-Anhalt. Das sind mehr als doppelt so viele wie 5 Jahre zuvor. Das teilte das Wirtschaftsministerium in Magdeburg mit. Die Zahl der Beschäftigten und Auszubildenden aus Asylzugangsländern habe sich sogar verzehnfacht.

Neues Urteil: Kuriere müssen Handy und Fahrrad gestellt bekommen

Fahrradlieferanten (so genannte „Rider“), die Speisen und Getränke ausliefern und ihre Aufträge über eine Smartphone-App erhalten, haben Anspruch darauf, dass der Arbeitgeber ihnen die für die Ausübung ihrer Tätigkeit essenziellen Arbeitsmittel zur Verfügung stellt. Das urteilte nun das Bundesarbeitsgericht. Dazu gehören ein verkehrstüchtiges Fahrrad und ein geeignetes internetfähiges Mobiltelefon. Geklagt hatte ein Fahrradlieferant, der seine Aufträge per Smartphone-App erhielt und pro gearbeiteter Stunde 25 Cent Reparaturpauschale für sein Fahrrad gutgeschrieben bekam. Einlösen konnte er diese jedoch nur bei einem festgeschriebenen Vertragspartner. In der Branche sind besonders viele Migrant_innen beschäftigt.

Urteil BAG: <https://bit.ly/314QbkX>

Neuer Atlas: „Demenz und Migration“

Für Menschen mit Migrationshintergrund, die von Demenz betroffen sind, kann sich der Zugang zu medizinischen Informationen, ärztlicher Betreuung und Versorgungsangeboten aufgrund von Sprachbarrieren

und kulturellen Unterschieden als schwierig erweisen. Das Deutsche Zentrum für neurodegenerative Erkrankungen hat mit Mitteln der Robert Bosch Stiftung die Situation in 35 europäischen Ländern untersucht. Als Ergebnis ist der „EU-Atlas: Demenz & Migration“ entstanden, der die Sachlage mit umfangreichem Daten- und Kartenmaterial aufschlüsselt – und dabei länderspezifische Erfahrungen, Herausforderungen und Good-Practise-Beispiele präsentiert.

<https://bit.ly/31XzLnt>

Inder_innen haben höchste Medianlöhne in Deutschland

Der Median-Monatslohn von allen in Vollzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigten Inder_innen in Deutschland liegt mit 4.824 Euro fast 1.300 Euro über dem entsprechenden Medianwert der Deutschen in Höhe von 3.541 Euro. Das zeigt eine Auswertung der Entgeltstatistik des Institut der Deutschen Wirtschaft. Grund ist, dass Inder_innen in Deutschland überproportional häufig als Fachkräfte im naturwissenschaftlich-technischen Bereich beschäftigt sind. 36,2 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Personen aus Indien im Alter zwischen 25 und 44 sind in Deutschland in akademischen MINT-Berufen tätig. Bei Menschen aus China beträgt dieser Anteil 25,7 Prozent, bei Brasilianer_innen 23,3 Prozent und bei Personen aus dem sonstigen Mittel- und Südamerika 17,2 Prozent. Unter den 25- bis 44-jährigen Personen mit EU-Staatsangehörigkeit ist der Beschäftigtenanteil in akademischen MINT-Berufen vor allem hoch unter Spanier_innen mit 17,2 Prozent und Französ_innen mit 16,9 Prozent (BA, 2021). Auch innerhalb dieser Berufsgruppe erzielen die Inder_innen im Alter von 25 bis 44 Jahren aber im Median geringfügig höhere Löhne (5.276 Euro gegenüber 5.207 Euro monatlich bei Deutschen).

Studie IW: <https://bit.ly/3oA8eJQ>

Griechenland: „Mare Liberum“-Schiff an die Kette gelegt

Das Schiff der deutschen Menschenrechts-NGO Mare Liberum ist von den griechischen Behörden festgesetzt worden. Die Crew habe am 21. Oktober, kurz nach dem Auslaufen die Anweisung erhalten, in den Hafen zurückzukehren. Als Begründung nannten die griechischen Behörden die „Sicherheit von Menschenleben auf See“. Mare Liberum ist seit März 2020 in der Ägäis mit einer Beobachtungsmission unterwegs. Nach eigenen Angaben hat die NGO seitdem mehr als 700 so genannter Pushbacks dokumentiert: Fast 20.000 Menschen seien dabei gewaltsam und rechtswidrig an der Einreise in die EU gehindert worden. Seit Juli 2021 habe sich die Situation erneut verschärft. Normalerweise zähle die NGO durchschnittlich 35 Pushbacks pro Monat, in vergangenen drei Monaten registrierte sie 198 solcher Vorfälle, bei denen ungefähr 5.000 Menschen illegal in türkische Gewässer zurückgedrängt wurden. „Die griechischen Behörden

missbrauchen ihre Macht, um Zeug_innen aus Gebieten fernzuhalten, die zum Hauptschauplatz regelmäßiger Grenzverbrechen gegen Menschen geworden sind“, so Mare Liberum.

<https://bit.ly/3cidtN>

Halle: „Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ gegründet

Sachsen-Anhalts Wissenschaftsminister Armin Willingmann (SPD) hat die Gründung eines Standorts des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) in Halle begrüßt. „Dieses Forschungsthema elektrisiert uns auch in der Politik. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist das, was wir brauchen, daran gibt es noch einiges zu erforschen“, sagte der Minister bei der Vorstellung des neuen Standortes des FGZ. Es gehe um den sozialen Kitt der Gesellschaft. Das zu fördern, sei gut investiertes Geld, so Willingmann. Das Teilinstitut Halle ist an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angesiedelt und gehört zum FGZ, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Rund 200 Wissenschaftler_innen verschiedener Disziplinen beschäftigen sich dort seit Mitte vergangenen Jahres mit der Analyse von gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart unter Berücksichtigung regionaler Vielfalt, wie es auf der FGZ-Webseite heißt.

<https://www.fgz-risc.de>

Ampel-Koalition:

Kommt das Bürgergeld für Geflüchtete?

SPD, Grüne und FDP planen eine deutliche Anhebung des Regelsatzes von Hart IV-Beziehenden. Der bisherige Satz von 446 Euro, der sich plangemäß im Januar 2022 auf 449 Euro erhöht, soll in Form eines Bürgergelds auf 480 Euro pro Monat angehoben werden: eine Erhöhung von knapp 7,6 Prozent. Die Grünen wollen gleichzeitig das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen. Das hätte wohl zur Folge, dass auch Menschen während des laufenden Asylverfahrens sowie Geduldete das Bürgergeld bekommen und gleichzeitig die reduzierte Gesundheitsversorgung für diese Gruppen ein Ende hätte.

Niedersachsen:

Land finanziert Migrationsberatung weiter

Wohlfahrtsverbände in Niedersachsen haben sich erleichtert über den Erhalt der Migrationsberatungsstellen im überarbeiteten Haushaltsentwurf 2022/23 der Landesregierung geäußert. „Unser Einspruch hat sich gelohnt. Die Migrationsberatungsstellen sollen weiterhin auskömmlich finanziert werden“, sagte Diakonie-Vorstandssprecher Hans-Joachim Lenke (laut dem EPD). Die zunächst vorgesehenen Kürzungen im Haushalt hätten ein funktionierendes Unterstützungssystem zerschlagen. Der erste Haushaltsplanentwurf 2022/23 der Landesregierung hatte vorgesehen, von aktuell rund 200 Stellen bis 2024 rund 70 Prozent abzubauen.



6.000 Ortskräfte brauchen Hilfe



Foto Alexander Fröhlich: © privat

Kommentar von Alexander Fröhlich, Patenschaftsnetzwerk Afghanische Ortskräfte e.V.

Tausende Ortskräfte haben für deutsche Regierungsorganisationen in Afghanistan gedolmetscht, geputzt, gekocht, gekellnert, bewacht, gebaut, geplant, verwaltet, gelehrt und erklärt. Sie haben den Aufbau eines demokratischen Staates aktiv unterstützt und gerieten dadurch ins Visier terroristischer Gruppen.

Rückblickend drängt sich der beschämende Eindruck auf, dass die schwarz-rote Bundesregierung vorhatte, fast alle ehemaligen Ortskräfte und ihre Familienangehörigen in Afghanistan zurückzulassen. Anders lässt es sich wohl nicht erklären, dass es keine funktionierenden, transparenten, zugänglichen, ressortübergreifend einheitlichen, rechtzeitig installierten Verfahren für die Beantragung von Aufnahmezusagen, deutschen Visa und Reisekostenübernahmen gab.

Da wundert es kaum, dass der deutsche Afghanistan-Einsatz mit chaotisch ablaufenden Evakuierungsflügen endete. Nur wenige hundert Ortskräfte schafften es in einen dieser Flüge.

Die überwiegende Mehrheit der Ortskräfte und ihrer Familienangehörigen – nach unseren auf Zahlen der Bundesregierung basierenden Schätzungen insgesamt circa 6.000 Menschen – ist noch immer in Afghanistan und damit in akuter Gefahr, von den Taliban aufgespürt, gefoltert, ermordet oder versklavt zu werden.

Etwa 4.000 davon haben nach den aktuellen Regeln der Bundesregierung keinen Anspruch auf Aufnahme. Weil das Arbeitsverhältnis der Ortskraftmama vor 2013 endete oder der Ortskraftpapa nicht direkt bei einer deutschen Regierungsorganisation, sondern bei einem Subunternehmen beschäftigt war, das Leistungen für eine deutsche Regierungsorganisation erbrachte.

Wie die Bundesregierung zu der wirklichkeitsfremden Einschätzung gelangte, diese Menschen seien nicht gefährdet und benötigten somit keinen Schutz durch Aufnahme, bleibt ihr Geheimnis.

Die Taliban haben ein sehr gutes Gedächtnis und interessieren sich nicht für rechtliche Details. Ihnen gilt jeder, der für die „ungläubigen Ausländer“ gearbeitet hat, als Verräter und Spion, an dem Rache zu nehmen ist. Durch die von ihnen praktizierte Sippenhaft sind auch die Familienangehörigen der Ortskräfte bedroht.

Wir stehen mit vielen noch in Afghanistan befindlichen Ortskräften in Kontakt. Nur wenigen wurde bisher eine Aufnahmezusage per E-Mail zugeschickt. Sie sitzen in Todesangst in ihren Verstecken und haben häufig kaum noch Geld, um sich etwas zu Essen zu kaufen. Viele wandten sich bereits im August mit Hilferuf-E-mails an ihre ehemaligen Arbeitgeber. Sie wurden bisher entweder gar nicht kontaktiert oder werden mit unregelmäßigen, unverbindlichen, teils verwirrenden Anrufen hingehalten.

Wir fordern, dass ausnahmslos alle dieser etwa 6.000 noch in Afghanistan befindlichen Ortskräfte und deren Kernfamilienangehörige (einschließlich der haushaltsangehörigen unverheirateten volljährigen Kinder) sofort eine Aufnahmezusage bekommen. Zudem muss die Bundesregierung die Kosten ihrer Pässe und Visa sowie ihrer Bus- und Flugtickets übernehmen.

Diese Kosten betragen bei einer sechs- bis achtköpfigen Familie mehrere tausend Euro. Viele Ortskräfte verschulden sich, um ihre rettende Reise nach Deutschland zu finanzieren. Deshalb muss es auch die Möglichkeit geben, dass eingereiste Ortskräfte diese Kosten nachträglich von der Bundesregierung erstattet bekommen. Beispielsweise in Form einer pro eingereistem Familienmitglied gezahlten, angemessenen Pauschale.

Am einfachsten und zielführendsten wäre es aber, wenn die Bundeswehr alle noch in Afghanistan befindlichen Ortskräfte aus Masar-e Scharif und Kabul mit Großraumflugzeugen nach Taschkent oder Doha ausflöge.

Ferner muss jetzt endlich allen in Deutschland lebenden Ortskräften eine realistische Integrationsperspektive angeboten werden. Es darf nicht länger so sein, dass sie sich von einer zwölfmonatigen Aufenthaltserlaubnis zur nächsten hangeln müssen. Das macht Angst und erschwert es, einen Arbeitsplatz oder eine Mietwohnung zu finden.

Auch in einer weiteren Hinsicht muss sich einiges ändern. Die Beschäftigungsverhältnisse der Ortskräfte in Afghanistan waren äußerst prekär. Einen Kündigungsschutz gab es nicht. Sie mussten arbeiten, wann immer und so lange, wie es ihr deutscher Arbeitgeber wollte. Stellte eine Ortskraft eine Gefährdungsanzeige, wurde sie sehr häufig gekündigt, aus Sicherheitsgründen. Trotzdem wurde die Gefährdungsanzeige anschließend fast immer abgelehnt.

Diese arbeitnehmerfeindlichen Missstände würden erst durch eine noch zu gründende, internationale gewerkschaftliche Organisation aller Ortskräfte bei deutschen Bundeswehreinheiten, etwa jenem in Mali, abgestellt werden können.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

